

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

2. März 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Militäroperationen fanden in der vergangenen Woche in den Provinzen Kunduz, Badakhshan (Nordosten), Sari Pul (Norden), Helmand (Süden) und Herat (Westen) statt. Dabei wurden neben zahlreichen Aufständischen und einigen Soldaten auch Zivilisten getötet. Am 24.02.15 griffen Aufständische einen Militärkonvoi in der zentralafghanischen Provinz Kapisa an. Bei dem achtstündigen Feuergefecht wurden mindestens 16 Menschen verletzt. In der Provinz Khost (Südosten) wurden bei der Explosion einer Straßenbombe drei Zivilisten verletzt. Ebenfalls am 24.02.15 hielten Bewaffnete einen Bus in der südafghanischen Provinz Zabul an und entführten 30 Männer, Angehörige der religiösen und ethnischen Minderheit der Hazara. Die Täter sollen afghanische Armeeuniformen getragen, aber keine der Landessprachen gesprochen haben. Der Distriktsgouverneur vermutet, dass es sich um ausländische Anhänger des „Islamischen Staats“ (IS) gehandelt habe. Am 25.02.15 starben fünf afghanische Sicherheitskräfte bei Explosionen in Khost (Südosten) und Uruzgan (Süden). Am 26.02.15 wurden bei einem Selbstmordanschlag der Taliban auf einen NATO-Konvoi in der Hauptstadt Kabul zwei Menschen getötet. Am 27.02.15 verübten Taliban in Jalalabad (Provinz Nangarhar, Osten) einen Selbstmordanschlag auf den Konvoi eines Parlamentsmitglieds. Dabei starben drei Personen, 13 wurden verletzt. Am 28.02.15 kamen in der nördlichen Provinz Faryab drei Frauen bei einem Bombenanschlag um. Am 02.03.15 wurden zwei Kinder bei einer Bombenexplosion in Jalalabad getötet.

Irak

Sicherheitslage

Im Februar 2015 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.472 Zivilpersonen getötet.

Nach der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) gab es im Februar 2015 611 zivile Todesopfer und 1.353 Verletzte. Weiterhin wurden 492 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 927 verletzt.

Am stärksten betroffen war Bagdad mit 1.204 zivilen Opfern (329 Tote, 875 Verletzte). In der Provinz Diyala gab es 73 Tote und 69 Verletzte, in der Provinz Salahaddin 39 Tote und 54 Verletzte und in der Provinz Ninive 40 Tote und 17 Verletzte.

Nach Informationen der UNAMI kam es im Februar 2015 in der Provinz Anbar zu 372 zivilen Opfern (81 Tote, 291 Verletzte), davon 23 Tote und 196 Verletzte in Ramadi und 58 Tote und 95 Verletzte in Fallujah. Es handelt sich um Mindestangaben, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Die USA und ihre Verbündeten fliegen weiterhin Luftangriffe gegen IS-Stellungen.

Irakische Armee startet Offensive

Die irakische Armee hat mit einer Offensive gegen den IS begonnen, um die Stadt Tikrit (Provinz Salahaddin) wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. An der Offensive sollen 20.000 Mann beteiligt sein. Tikrit liegt rund 170 Kilometer nördlich von Bagdad an der Verbindungsstraße zwischen Bagdad und Mosul (Provinz Ninive).

UN-Bericht

Nach einem am 23.02.15 veröffentlichten UN-Bericht verfolgt der IS systematisch Angehörige verschiedener ethnischer und religiöser Gemeinschaften (Turkmenen, Shabak, Christen, Yeziden, Kakai u.a.). Die Gewalttaten zielen anscheinend auf Unterdrückung, Vertreibung und Vernichtung.

Die Zahl derer, die aufgrund der „Sekundärfolgen“ der bewaffneten Auseinandersetzungen, wie Mangel an Trinkwasser, Nahrung und Medikamenten, umgekommen seien, lasse sich nicht feststellen.

Darüber hinaus hätten sich die irakischen Sicherheitskräfte und mit ihnen verbündete bewaffnete Gruppen schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts schuldig gemacht.

Kurden schneiden IS Versorgungsrouten ab

Laut Pressemeldungen ist es kurdischen Peshmerga-Kämpfern gelungen eine Straßenverbindung zwischen Mosul und Syrien zu unterbrechen, die der IS als Nachschubroute nutzte. Zudem hätten sie zwei Grenzposten nordwestlich von Mosul zurückerobert.

IS bereitet sich auf Verteidigung von Mosul vor

Nach Medienberichten bereitet sich der IS auf die Verteidigung von Mosul (Provinz Ninive) vor. Die Arbeiten zur Befestigung der Stadt seien im Gang. Es gäbe Hinweise darauf, dass sich der IS-Führer Abu Bakr al-Bagdadi in Mosul aufhalte.

Führende IS-Mitglieder getötet

In der Nähe des Ortes Al-Kaim (Provinz Anbar, an der Grenze zu Syrien, etwa 350 Kilometer westlich von Bagdad) sollen bei Luftschlägen der internationalen Koalition bei einem Treffen führende Mitglieder des IS getötet worden sein.

Arabische Flüchtlinge an Rückkehr in Heimatorte gehindert

Einem Bericht von Human Rights Watch zufolge sollen kurdische Sicherheitskräfte Tausende arabische Flüchtlinge von der Rückkehr in ihre Heimatorte in Teilen der Provinzen Ninive und Erbil abhalten. Sie würden in sog. Sicherheitszonen im Norden des Iraks festgehalten werden, die seit August 2014 vom IS zurückerobert wurden. Kurden hätten ungehindert in diese Regionen zurückkehren können. Im Januar 2015 seien einige Beschränkungen gelockert worden.

Türkei

Abhöraffaire – Razzien und Haftbefehle

Am 25.02.15 fanden in über 20 Städten im Morgengrauen erneut Razzien statt. Dabei wurden 54 Verdächtige vorübergehend festgenommen, von denen bis zum Nachmittag noch 37 in Haft waren. Hintergrund ist die Abhöraffaire gegen den damaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Staatspräsidenten Erdogan und mehrere seiner Mitarbeiter von Ende 2013, als im Internet angeblich abgehörte Telefongespräche auftauchten, die Erdogan und enge Mitarbeiter der Korruption überführen sollten. Die Regierung erklärte die Veröffentlichungen für gefälscht und ging dagegen vor. Aus früheren Verhaftungen in diesem Zusammenhang sind nach Angaben der Justiz noch mindestens 17 Menschen in Haft. Die meisten Festgenommenen kommen aus dem türkischen Sicherheitsapparat, einige aus dem Medienbereich.

Zudem erließ am 24.02.15 ein Istanbuler Gericht einen weiteren Haftbefehl gegen Fethullah Gülen. Nach Medienberichten wirft die Staatsanwaltschaft dem muslimischen Prediger sowie dem regierungskritischen Journalisten und früheren Polizisten Emre Uslu – beide leben in den USA – die Gründung und Führung einer bewaffneten Terrororganisation vor. Die Schwere der Vorwürfe gegen Gülen nimmt damit zu. Bereits im Dezember 2014 hatte ein Istanbuler Gericht einen Haftbefehl gegen ihn erlassen und seine Hismet-Bewegung beschuldigt, eine kriminelle Vereinigung zu sein.

Öcalan für Ende des bewaffneten Kampfs

Der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan forderte vergangene Woche seine Anhänger zur baldigen Niederlegung ihrer Waffen auf und nährte damit neue Hoffnung auf ein Ende des Kurdenkonflikts. „Wir nähern uns einer Lösung dieses 30 Jahre alten Konfliktes in Form eines endgültigen Friedens“, erklärte er in der von einem prokurdischen Abgeordneten am 28.02.15 verlesenen Botschaft. Öcalan forderte die PKK auf, auf einem Sonderparteitag im Frühjahr eine „strategische und historische Entscheidung der Entwaffnung“ for-

mell zu beschließen Im Gegenzug nannte er zehn Maßnahmen, welche die Regierung in Ankara für einen Friedensschluss umsetzen müsse, darunter eine neue Verfassung.

Die PKK lehnte in einer Erklärung vom 01.03.15 eine Waffenniederlegung ab. Sie verwies auf den geltenden Waffenstillstand und forderte weitere Demokratisierungsfortschritte.

Syrien

IS verschleppt assyrische Christen

In der Region al-Hassaka (Norden) wurden nach Angaben örtlicher Geistlicher mehrere hundert Bewohner christlicher Dörfer vom IS entführt. Allein am 26.02.15 sollen es mindestens 220 Menschen gewesen sein, unter ihnen Frauen und Kinder. Nach neuesten Erkenntnissen des Assyrischen Netzwerks für Menschenrechte wurden 19 Geiseln am 01.03.15 im Austausch gegen Lösegeld frei gelassen.

Waffenstillstand in Aleppo fraglich

Am 01.03.15 bestätigten die UN Vereinbarungen mit der syrischen Regierung, wonach UN-Experten in die umkämpfte Stadt Aleppo entsandt werden dürfen, um Hilfslieferungen an Zivilisten vorzubereiten. Voraussetzung für die humanitäre Hilfe ist ein beidseitiger Waffenstillstand, welcher nicht offiziell bestätigt wurde. Die syrische Regierung ist bereit, ihre Luft- und Artillerieangriffe auf Aleppo für sechs Wochen auszusetzen. Der Waffenstillstandsplan wurde am 01.03.15 von den oppositionellen Führern offiziell abgelehnt, sie fordern eine umfangreichere Lösung sowie den Rücktritt des Präsidenten.

Humanitäre Lage

Am 26.02.15 gaben die UN bekannt, dass landesweit zwei Millionen Menschen weder Wasser noch Strom haben. Rund 212.000 Menschen, die in ihren Wohnvierteln eingeschlossen sind, benötigen Hilfslieferungen.

Libanon

Ausweitung des IS?

Nach Angaben der libanesischen Zeitung The Daily Star, die sich auf Geheimdienstinformationen beruft, plant der IS die Ausweitung seines Kalifats auf den Libanon. Hierzu passen Berichte, dass der IS im Nordosten beginnt, Ortschaften zu infiltrieren. In Aarsal, wo zehntausende syrische Flüchtlinge wohnen, soll der IS eine parallele Staatlichkeit aufbauen, darunter Scharia-Gerichte. Bereits Anfang Februar 2015 hatte „The Daily Star“ über Pläne des IS berichtet, die Bekaa-Ebene zu erobern und zum Emirat zu machen. Dort halten sich nach UNHCR-Angaben ca. 413.000 syrische Flüchtlinge auf (Stand 26.02.15).

Ägypten

Anschläge

Am 26.02.15 explodierten in Gizeh nahe Kairo mehrere Bomben. Dabei kam eine Person ums Leben, sieben Menschen wurden verletzt. Die Sprengsätze detonierten vor einem Restaurant, zwei Geschäften und einer Polizeistation. Am 01.03.15 starben in Assuan zwei Personen, als nahe einer Polizeistation eine Autobombe explodierte. Seit dem Sturz von Präsident Mursi kommt es vermehrt zu Anschlägen, die sich überwiegend gegen die Sicherheitskräfte richten.

Hamas als Terrorgruppe eingestuft

Nachdem Ende Januar 2015 ein Gericht die Essedin-al-Kassam-Brigaden, den bewaffneten Arm der Hamas, als terroristische Gruppierung eingestuft hat, gilt dies nun nach einer weiteren Entscheidung vom Wochenende auch für die Hamas selbst. Mehrere Kläger hatten ihr vorgeworfen, vom Gazastreifen aus Dschihadisten zu unterstützen, die Anschläge v.a. gegen die Sicherheitskräfte im Norden der Sinai-Halbinsel ausführen.

Muslimbrüder verurteilt

In Kairo verurteilte ein Gericht Mohammed Badie, den Führer der Muslimbruderschaft, sowie 13 weitere führende Muslimbrüder zu lebenslanger Haft und bestätigte zudem Todesurteile gegen vier andere Islamisten. Die Verurteilten werden für den Tod von Demonstranten Ende Juni 2013 verantwortlich gemacht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Mohammed Badie war bereits in zwei anderen Verfahren zum Tod bzw. zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

25.000 Ägypter aus Libyen zurück

Angaben des Außenministeriums in Kairo vom 27.02.15 zufolge seien seit der Ermordung der vorwiegend aus Ägypten stammenden koptischen Christen durch den libyschen Ableger der Terrormiliz IS über den Grenzübergang Sallum rund 21.400 Ägypter zurückgekehrt. Weitere 4.100 wurden über Djerba/Tunesien nach Kairo ausgeflogen. Insbesondere der Osten Libyens ist das Ziel von ägyptischen Arbeitsmigranten.

Libyen

UN-Sicherheitsrat fordert internationale Küstenwache

Die Libyen-Expertenrunde des UN-Sicherheitsrates forderte am 26.02.15 die Bildung einer internationalen Küstenwache. Der libyschen Regierung würde es nicht gelingen, den illegalen Erdöl- und Waffenhandel zu unterbinden. Zuvor hatte die international anerkannte libysche Regierung in Tobruk bei einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum Kampf gegen den IS um ein Ende des geltenden Waffenembargos gebeten.

Somalia

USA planen Besetzung des Botschafterpostens in Mogadischu

Präsident Obama nominierte mit Katherine Simonds Dhanani eine Diplomatin mit langjähriger Afrikaerfahrung für den seit 1991 vakanten Posten des Botschafters in Mogadischu. Der Senat muss der Nominierung noch zustimmen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums bezeichnete die Nominierung als Zeichen für die sich vertiefenden Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Somalia.

Angriff auf Präsidentenpalast

Am 26.02.15 kam ein Wachmann ums Leben, als mehrere Granaten auf dem gesicherten Gelände um den Präsidentenpalast einschlugen. Die al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

Nigeria

Selbstmordanschläge und Attentate der Boko Haram

Am 26.02.15 zündete ein Selbstmordattentäter auf dem Tashar-Gandu-Busbahnhof der Stadt Biu (nordöstlicher Bundesstaat Borno) einen Sprengsatz. Ein zweiter Attentäter wurde von Sicherheitskräften erschossen, bevor er seinen Sprengsatz zünden konnte. Mindestens 17 Menschen starben.

Am 26.02.15 explodierte in Jos (Hauptstadt des zentralnigerianischen Bundesstaates Plateau) auf einem Großparkplatz an der Bauchi Road sowie auf derselben Straße gegenüber dem Haupteingang zur Universität jeweils eine Bombe. Mindestens zwölf Menschen starben.

Am 24.02.15 zündete in der Stadt Potiskum (der Wirtschaftsmetropole des nordöstlichen Bundesstaates Yobe) ein Selbstmordattentäter einen Sprengsatz, nachdem er am Dan-Borno-Busbahnhof einen vollbesetzten Kleinbus bestiegen hatte. Einschließlich des Attentäters starben mindestens 15 Menschen; 31 Personen, nach anderen Angaben 53, erlitten Verletzungen.

Am 24.02.15 sprengten sich in Kano (Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates) zwei junge Männer auf dem Busbahnhof der Kano Line im Stadtgebiet Kofar Nasarawa bei einem vollbesetzten Bus in die Luft. Laut Polizeiangaben sollen dabei zehn Personen, nach Angaben eines örtlichen Vertreters der Fahrgewerkschaft 34, darunter 21 Businsassen, getötet worden sein.

Die Anschläge werden der Boko Haram zugeschrieben.

DR Kongo

Beginn der Offensive der Armee gegen die FDLR

Am 24.02.15 begann die kongolesische Armee in der ostkongolesischen Provinz Süd-Kivu auf dem Hochplateau nahe der Stadt Uvira (etwa 10 km von der Grenze zu Burundi entfernt) mit Kampfhubschraubern und schweren Waffen erste Militäroperationen („Sukola 2“) gegen die ruandische Hutu-Rebellenorganisation FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas). Die Offensive wird anders als ursprünglich vorgesehen weder mit Truppen der rund 3.000 Mann starken UN-Eingreiftruppe (FIB) noch logistisch von der UN-Friedensmission MONUSCO unterstützt. Grund hierfür ist, dass sich die MONUSCO weigert, mit zwei an der Offensive beteiligten Generälen der Regierungsarmee zusammenzuarbeiten, weil diese Offiziere verdächtig sind, an Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen zu sein. Die auf rund 1.400 Kämpfer geschätzte FDLR ist die derzeit stärkste Rebellenorganisation im Ostkongo. Das Hauptkontingent ihrer Truppen befindet sich in der Provinz Nord-Kivu.

Kenia

Umstrittenes Sicherheitsgesetz abgeschwächt

Nach einem Urteil des kenianischen High Court vom 23.02.15 sind zwei Bestimmungen des am 19.12.14 in Kraft getretenen Sicherheitsgesetzes (Security Laws (Amendment) Bill 2014) rechtswidrig. Gestrichen wurde eine Obergrenze für Flüchtlinge auf 150.000. Im Januar 2015 lebten etwa 650.000 Flüchtlinge und Asylbewerber in Kenia, größtenteils aus Somalia. Außerdem gestrichen wurde eine Einschränkung der Berichterstattung durch die Medien über sicherheitsrelevante Themen und die damit verbundene Strafandrohung von bis zu drei Jahren Haft bei Verstoß. Andere Regelungen, so die Möglichkeit, Terrorverdächtige bis zu 360 Tage ohne Anklage inhaftieren zu können, wurden nicht gerügt. Der High Court hatte am 02.01.15 auf Antrag der Kenya National Human Rights Commission (KNHRC) und der oppositionellen Coalition for Reforms and Democracy (CORD) Teile des Gesetzes für eine Überprüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit außer Kraft gesetzt (vgl. BN v. 12.01.15).

Der Polizei zufolge wurden 2014 in Kenia 173 Menschen bei Terroranschlägen getötet, seit 2012 insgesamt 312.

Zentralafrikanische Republik

Fluchtbewegungen

UNHCR berichtete am 24.02.15 über Fluchtbewegungen wegen zunehmender Gewalt: Seit Januar 2015 flohen landesintern circa 30.000 Menschen. Seit Dezember 2013 gingen mehr als 19.000 Menschen aus dem Bezirk Kouango (Präfektur Ouaka) nach Bosobolo im Norden der Provinz Equateur (DR Kongo). Ein Großteil der Gewalt rührt von den jahreszeitlichen Wanderungen häufig muslimischer Viehzüchter mit ihren Herden her, in deren Verlauf es zu Konflikten mit sesshaften Bauern und Anti-Balaka kommt. Manche Hirten hätten Milizen der Séléka um Schutz gebeten.

Mali

Friedensabkommen

Am 01.03.15 unterzeichnete die malische Regierung mit Rebellengruppen in Algier ein „Abkommen zu Frieden und Aussöhnung“. Das Abkommen sieht die Stärkung der regionalen Machtkompetenzen sowie die Schaffung regionaler Sicherheitskräfte vor. Die Klärung der politischen Identität des Azawad wurde auf eine nationale Parteienkonferenz vertagt. MNLA und MAA verweigerten die Unterzeichnung und forderten Zeit für die Befragung ihrer Mitglieder. In Kidal kam es zu Demonstrationen gegen das Abkommen.

Ukraine

Lage im Osten

Die Lage ist weiterhin unübersichtlich. Infolge der Waffenstillstandsvereinbarung gingen die Auseinandersetzungen zurück, kamen aber nicht vollständig zum Erliegen. Hinsichtlich des vereinbarten Rückzugs schwerer Waffen ist die Meldungslage uneinheitlich. Der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission für die Ukraine äußerte sich vorsichtig optimistisch über die Waffenruhe und den Waffenabzug im Kriegsgebiet.

Russische Föderation

Prominenter Oppositionspolitiker in Moskau ermordet

Am späten Abend des 27.02.15 ist in Moskau mit Boris Nemzow einer der prominentesten Oppositionspolitiker und Regierungskritiker ermordet worden. Die ursprünglich für den 01.03.15 geplante Großkundgebung der Opposition gegen die Ukraine-Politik von Präsident Wladimir Putin wurde daraufhin abgesagt und stattdessen ein Trauermarsch für Nemzow durchgeführt, an dem mehrere zehntausend Personen teilgenommen haben sollen. Boris Nemzow galt als einer der schärfsten Gegner Putins und als Unterstützer des prowestlichen Kurses der ukrainischen Führung. Die russischen Ermittler sehen in Nemzows massiver Kritik an der russischen Ukraine-Politik ein mögliches Tatmotiv.

Kasachstan

Ehemaliger Botschafter Kasachstans in Wien tot in Gefängniszelle

Rachat Alijew, ehemaliger Botschafter Kasachstans in Wien, wurde am 24.02.15 erhängt in seiner Gefängniszelle in Wien aufgefunden. Alijew war mit der Tochter des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew verheiratet und erlangte hohe Ämter in Kasachstan, bis er in Ungnade des Präsidenten fiel. 2008 wurde er in seiner Heimat in Abwesenheit wegen Mord an zwei Bankern und Erpressung zu 40 Jahren Haft verurteilt. Österreich lehnte eine Auslieferung mangels fairen Verfahrens ab.

China

Festnahmen bei Demonstration in Hongkong

Am 02.03.15 nahm Hongkongs Polizei etwa 36 Demonstranten u.a. wegen Waffenbesitzes und Unruhestiftung fest. Einige Hundert Personen hatten nahe der Grenze zu China eine Straße blockiert und gegen Einreisebestimmungen und den Handel an der Grenze demonstriert. Dabei war es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen.

Bangladesch

Islamkritischer Blogger ermordet

Am 27.02.15 wurden der in Bangladesch bekannte Blogger Avijit Roy und seine Ehefrau in Dhaka von Unbekannten mit Macheten und Hackbeilen angegriffen. Der Blogger wurde getötet, seine Frau schwer verletzt. Roy hatte in seinem Blog religiösen Fanatismus kritisiert und sich für die Rechte von Homosexuellen eingesetzt. Bei den Tätern soll es sich um eine bisher unbekannte Gruppe handeln, die sich Ansar Bangla 7 nennt. Diese warf dem Blogger im Internet „Verbrechen gegen den Islam“ vor.